



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch in den vergangenen Wochen hat sich in Brüssel wieder viel getan. Um Sie über aktuelle Weichenstellungen und Geschehnisse in der europäischen Hauptstadt auf dem Laufenden zu halten, übersende ich Ihnen meine Europamail.

In dieser Ausgabe möchte ich Sie zu den wichtigsten europapolitischen Themen der Monate Februar und März informieren:

- 1. Durchbruch: Das gemeinsame europäische Patent kommt!**
- 2. Vorfahrt für KMU - der neue "Small Business Act" der EU**
- 3. Auch nach 2013 EU-Kohäsionsfördermittel für Brandenburg**
- 4. 20% mehr Energieeffizienz bis 2020**
- 5. Breitband für alle! - Die Mitgliedstaaten sind in der Pflicht**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!
Mit den besten Grüßen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325
Fax: +32 228 49325

E-mail: christian.ehler@europarl.europa.eu

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007

F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325
Fax: +33 3881 79325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720
Fax: +49 331 200 85 719

E-mail: info@christian-ehler.de

1. Durchbruch: Das gemeinsame europäische Patent kommt!

Nach mehr als zehnjährigem Ringen beschlossen die Minister der EU-Mitgliedstaaten auf ihrer Sitzung am 10. März die Einführung eines einheitlichen europäischen Patents. Das gemeinsame Anmeldesystem wird es den europäischen Unternehmen von nun sehr viel einfacher machen, ein EU-weit gültiges Patent anzumelden - und das zu deutlich geringeren Kosten als bisher. Etwa 750 Millionen Euro können jährlich eingespart werden. Aufgrund rechtlicher Unstimmigkeiten wollen sich Spanien und Italien jedoch bislang nicht an dem neuen System beteiligen.



Mit dem neuen Registrierungssystem soll künftig eine einzige Patentanmeldung ausreichen, um sich eine Innovation in allen europäischen Ländern schützen zu lassen. Auch soll der Anmeldevorgang deutlich billiger werden. Derzeit kostet ein lediglich in dreizehn europäischen Staaten gültiges Patent rund 20.000 Euro, wovon 14.000 Euro allein durch Übersetzungskosten entstehen. Da sich die Minister von 25 EU-Staaten nun aber damit einverstanden erklärt haben, dass es ausreichend sei, wenn ein Patent in Deutsch, Englisch und Französisch vorliege, können die Anmeldekosten um beinahe drei Viertel gesenkt werden.

Die Idee eines gemeinsamen Registersystems für europäische Patente wurde in der Europäischen Union bereits seit den 1970er Jahren diskutiert, doch erst im Jahr 2009 einigten sich die Mitgliedstaaten schließlich auf ein „Enhanced patent system for Europe“. Nachdem das Europäische Parlament am 15. Februar 2011 die notwendige Zustimmung zu den Kommissionsplänen gab, stand dem Beschluss nichts mehr im Wege. "Das ist ein historisches Ereignis für Innovation und den Gemeinsamen Markt", verkündete der ungarische Innenminister Zoltán Cserfálvay, der dem Ministerrat in der vorigen Woche vorsah. Von den Kostenersparnissen werden insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen in Europa profitieren. Außerdem stehen höhere Investitionen in Forschung und Technologieentwicklung zu erwarten.

[Informationen zum Gemeinsamen Europäischen Patent](#)

2. Vorfahrt für KMU - der neue "Small Business Act" der EU

Der 2008 verabschiedete "Small Business Act" (SBA) - eine europäische Verordnung zur Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen - wird derzeit einer Revision unterzogen. Die Verordnung, die die grundsätzliche Haltung zum Unternehmergeist in unserer Gesellschaft verbessern möchte und das Prinzip "Vorfahrt für KMU" in der europäischen Politik und in den Verwaltungen verankern will, soll noch wirksamer werden! Sie zielt dabei auf freie Unternehmen, die weniger als 250 Mitarbeiter beschäftigen

und einen verhältnismäßig geringen Jahresumsatz aufweisen - 99% aller europäischen Unternehmen fallen in diese Kategorie, darunter auch fast alle brandenburgischen. Der SBA soll den Firmen dabei helfen, noch stärker und schneller wachsen zu können und geht deshalb alle noch verbliebenen Wachstumshindernisse auf der europäischen Ebene an.



Viele Erfolge sind jetzt schon spürbar: zwischen 2008 und 2010 konzentrierten sich die Kommission und die Mitgliedstaaten darauf, bürokratische Hürden abzubauen, Verwaltungsaufwand zu verringern und den Zugang der KMU zu geeigneten Finanzmitteln und zum europaweiten Markt zu gewährleisten. Rund 100.000 KMU haben bisher zudem die Finanzierungsinstrumente des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) in Anspruch genommen und schufen mit dessen Unterstützung über 100.000 neue Arbeitsplätze. Bis zum Jahr 2013 werden voraussichtlich noch weitere 200 000 KMU hiervon profitieren. Auch zwingt die sogenannte "Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug" öffentliche Stellen seit 2008, ihre Rechnungen innerhalb von 30 Tagen zu begleichen, womit die Liquidität der Unternehmen verbessert wird. Zur Erleichterung des Zugangs der KMU zu den Märkten in Drittländern eröffnete die Kommission im November 2010 ein EU-KMU-Zentrum in China.

Trotz dieser Erfolge bleibt jedoch noch viel zu tun. Ein besonders ehrgeiziges Ziel hat man sich im Hinblick auf den Zeit- und Kostenaufwand zur Gründung eines Unternehmens gesetzt: zukünftig soll der Gründungsvorgang nicht länger als 3 Tage dauern, nicht mehr als 100 Euro kosten und auch alle nötigen Genehmigungen sollen innerhalb von 30 Tagen erteilt werden. Außerdem möchte die EU die Anwendung des "nur einmal"-Prinzips fördern, wonach die Behörden bereits erlangte Informationen, Dokumente oder Bescheinigungen von KMU für künftige Verfahren behalten und zur Entlastung der Unternehmen nicht mehr erneut einholen müssen. Auch der Zugang der KMU zu Finanzmitteln soll durch vereinfachte Antragsverfahren und die grenzüberschreitende Eintreibung von Forderungen weiter verbessert werden, was auch für Brandenburger Betriebe zu finanziellen und zeitlichen Einsparungen und Entlastungen führen wird.

[Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)

[Homepage der Europäischen Kommission zum SBA](#)

3. Auch nach 2013 EU-Kohäsionsfördermittel für Brandenburg

Gute Nachricht für Brandenburg! Höchstwahrscheinlich wird das Land in Zukunft doch nicht ganz ohne Mittel aus dem Europäischen Kohäsionsfonds auskommen müssen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Kohäsionspolitik nach 2013 sieht vor, dass auch so genannte "Zwischenregionen" gefördert werden, die zwar nicht mehr zu den ärmsten Gebieten der EU gehören, jedoch noch immer ein unterdurchschnittliches Einkommen im Vergleich zum EU-Durchschnitt aufweisen.

Gegenwärtig werden die ärmsten Regionen der Europäischen Union, deren BIP bei weniger als 75 % des EU-Durchschnitts liegt, vornehmlich gefördert. Etwa ein Drittel der Bevölkerung der Europäischen Union lebt in diesen Regionen, die vornehmlich in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten sowie in Griechenland, Portugal, Spanien und Süditalien liegen. Sie erhalten etwa 80 % der Mittel, d.h. rund 40 Milliarden € jährlich. Bis das neue Rahmenprogramm ab 2014 angelaufen ist, soll sich die Rate der armen Regionen reduziert haben, sodass das Budget teilweise zu Gunsten einer neuen Kategorie von Regionen umgeschichtet werden kann. Erfasst werden dann diejenigen Regionen, deren BIP pro Person zwischen 75 % und 90 % des EU-Durchschnitts liegt. Dadurch würden auch Regionen in Frankreich, Ostfinnland, Nordschottland, England und Ostdeutschland miterfasst werden. Auch Brandenburg würde dann als eine solche Förderregion der zweiten Kategorie miterfasst werden. Das Europäische Parlament sowie der Ausschuss der Regionen begrüßten den Kommissionsvorschlag.

Im April 2011 will die Europäische Kommission die Ergebnisse des momentanen öffentlichen Konsultationsprozesses über die Zukunft der Europäischen Kohäsionspolitik publizieren. Im Mai 2011 wollen sich die nationalen Minister, die in ihren Mitgliedstaaten für die regionale Entwicklung verantwortlich sind, über das Thema austauschen. Im Sommer dieses Jahres kann mit konkreten Vorschlägen zu Art und Umfang der europäischen Kohäsionspolitik gerechnet werden.

[Informationen zur Europäischen Kohäsionspolitik nach 2013](#)



4. 20% mehr Energieeffizienz bis 2020

Die Europäische Kommission hat den im Januar vorgelegten Vorschlag des EU-Parlaments zur Schaffung eines Aktionsplans „Energieeffizienz“ aufgegriffen und einen eigenen Plan entwickelt. Dieser wird in den kommenden Monaten dem Parlament zur Diskussion und Abstimmung gestellt.

Zielstellung des neuen Energieeffizienzaktionsplanes ist eine Erhöhung der Energieeffizienz um 20% bis zum Jahr 2020. Dieses Ziel ist zwar nicht rechtlich verbindlich, wie ursprünglich vorgesehen, doch hat die Kommission einzelne rechtsverbindliche Maßnahmen zur Einsparung von Energie in ihren Vorschlag aufgenommen. Eine wichtige Rolle soll hier die energieeffiziente Sanierung von Gebäuden einnehmen, da in diesem Bereich ein Einsparpotential von rund 40% des Energieverbrauchs der EU und 36% der europäischen Treibhausgasemissionen veranschlagt wird. Öffentliche Einrichtungen sollen dabei eine

Vorbildwirkung für Bürger und Unternehmen entfalten: mindestens 3% ihrer Gebäude müssen Behörden gemäß dem Vorschlag der Kommission von nun an jährlich sanieren - doppelt so viele wie bisher.



Doch auch bei privaten Gebäuden möchte die Europäische Union Renovierungsprozesse schneller in Gang setzen. Um die Bürger nicht mit dem finanziellen, organisatorischen und zeitlichen Aufwand von energetischen Renovierungsarbeiten zu belasten, sieht der Vorschlag der Kommission vor, dass die energetische Sanierung von Wohnungen und

Privathäusern auf Kosten der Energiekonzerne vollzogen werden könnte. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen würden sich energiesparende Gebäude und eine energieeffizientere Produktion bald als ein internationaler Wettbewerbsvorteil erweisen. Besonders viel verspricht sich die Kommission hier von der Einführung intelligenter Netze und Zähler.

Mit dem Energieeffizienzaktionsplan möchte die EU ihre Führungsrolle im weltweiten Übergang zu einer CO₂-armen und ressourcenschonenden Wirtschaft weiter ausbauen. Neben den offensichtlichen ökologischen Vorteilen von Energieeinsparungen werden sich die europäischen Bürger so mittel- und langfristig vermutlich auch über sinkende Energiekosten aufgrund des effizienteren Verbrauchs freuen können.

[Mitteilung der Kommission: Energieeffizienzplan 2011](#)

[Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)

6. 5. Breitband für alle! - Die Mitgliedstaaten sind in der Pflicht

Die EU-Kommission rief die europäischen Mitgliedstaaten kürzlich erneut dazu auf, möglichst rasch alle erforderlichen Gesetzgebungsmaßnahmen zu treffen, um den Ausbau der Satellitenmobilfunkdienste zu beschleunigen. Diese sollen spätestens bis zum Mai 2011 einsatzbereit sein. Damit sollen nun endlich auch die Regionen mit den wichtigsten Telekommunikationsdienstleistungen verbunden werden, in denen der Ausbau des Breitbandnetzes bisher noch rückständig war. Durch die Satellitenverbindung sollen nun aber bald der Hochgeschwindigkeitszugang zum Internet, der mobile Fernseher- und Radioempfang sowie die Notfallkommunikation der Verbraucher und der Unternehmen flächendeckend gewährleistet werden.

Um den ehrgeizigen Vorgaben der Europäischen Kommission gerecht zu werden und endlich die angestrebten Verbesserungen für die Verbraucher zu bewirken, müssen die EU-Mitgliedstaaten jedoch noch einiges tun. Verbleibende Rechtsunsicherheiten, wie zum Beispiel die Frage nach den Lizenzgebühren, müssen unverzüglich beseitigt werden. Außerdem sind die notwendigen technischen und administrativen Umsetzungsmaßnahmen durchzuführen.

Auch das Land Brandenburg hinkt in vielen dieser Fragen noch deutlich hinterher. Während viele deutsche Bundesländer zur Umsetzung der digitalen Agenda - und damit auch zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit

- Breitbandkompetenzzentren eingerichtet haben, existiert ein solches Zentrum in Brandenburg bisher noch nicht. Es könnte als neutrale Beratungsstelle über technische Versorgungsmöglichkeiten und vorhandene Anbieter informieren

und der Infrastrukturentwicklung so hervorragende Dienste leisten. Entsprechende Forderungen seitens der CDU-Fraktion des Brandenburger Landtags sind daher nicht nur im Hinblick auf die Entwicklung des ländlichen Raumes sinnvoll. Ein Breitbandkompetenzzentrum wäre auch ein unverzichtbarer Schritt hin zur Erfüllung der EU-Vorgaben zur Erfüllung der Digitalen Agenda.



[Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)